Die innenpolitische Situation in Bangladesh spitzt sich zu

Von Bernhard Hertlein

Attentate auf Oppositionspolitiker, als "Schusswechsel" getarnte Hinrichtungen mutmaßlicher Krimineller, fortdauernde Angriffe auf Angehörige religiöser und ethnischer Minderheiten, Repressalien gegen führende Mitglieder regierungskritischer Zivilorganisationen: Die innenpolitische Situation in Bangladesch spitzt sich von Monat zu Monat zu. Mit der Ermordung des Ex-Finanzministers Shah A.M.S. Kibria wurde ein neuer Höhepunkt erreicht. Zur gegenwärtigen Lage der Menschenrechte ein Bericht aus der Perspektive von amnesty international.

Anschläge auf Oppositionelle

Am 27. Januar 2005 hat die Welle der Gewalt einen neuen Höhepunkt erreicht. Ein Bombenattentat auf eine Protestkundgebung der oppositionellen *Awami League* (AL) im Habiganj Distrikt nordöstlich der Hauptstadt Dhaka forderte fünf Menschenleben. Unter ihnen befand sich der angesehene AL-Politiker und frühere Finanzminister Shah A.M.S. Kibria.

Zahlreiche Organisationen - von amnesty international bis zu den EU-Botschaften in Dhaka - verlangten eine unabhängige und gründliche Untersuchung. Die Nachdrücklichkeit, mit der die Forderung vorgetragen wurde, hat Gründe: Nur eine Woche nach dem Anschlag berichtete die bangladeschische Zeitung The Daily Star über anonyme Drohanrufe bei den Hinterbliebenen Kibrias. "Wir fühlen uns nicht mehr sicher. Unbekannte drohen uns, weil wir gefordert haben, dass die Mörder meines Mannes inhaftiert und vor ein Gericht gestellt werden", berichtete Asma Kibria Journalisten.

Die gleiche Forderung nach Verhaftung und Bestrafung der Täter hatten Menschenrechtsorganisationen auch nach dem Bombenanschlag vom 21. August 2004 erhoben (vgl. SÜDASIEN 2-3/ 2004). Ziel dieses Attentats war vermutlich die frühere Ministerpräsidentin und jetzige Oppositionsführerin in Bangladesch, Sheikh Hasina Wajed. Sie überlebte, aber statt ihrer starben die Parlamentsabgeordnete Ivy Rahman sowie 21 weitere Teilnehmer einer Kundgebung in Dhaka. Danach beschuldigte Ministerpräsidentin Begum Khaleda Zia die Opposition, diesen Anschlag selbst durchgeführt zu haben, um die Regierung in Misskredit zu bringen. Die anschließend eingerichtete Untersuchungskommission gab zwar am 2. Oktober 2004 einen Bericht ab; dieser wurde jedoch weder veröffentlicht noch wurden erkennbare Maßnahmen ergriffen.

Straflosigkeit nach Menschenrechtsverletzungen

Auch andere Menschenrechtsverletzungen bleiben in Bangladesch meist ungestraft, wenn die Täter im Interesse oder Auftrag der Regierung handelten. Das war so bei der *Clean Heart* genannten

Kampagne, bei der um den Jahreswechsel 2002/03 etwa 11.000 Menschen verhaftet wurden. Mindestens 46 starben an den Folgen von Folter im Polizei- oder Armeegewahrsam. Die Regierung erließ daraufhin ein Gesetz, das Zivilgerichte in dieser Sache für grundsätzlich nicht zuständig erklärte.

Straflos blieb bisher auch der Islamistenführer Bangla Bhai. Seine Gefolgsleute haben im Sommer vergangenen Jahres im Westen Bangladeschs Jagd auf Mitglieder der Sharboharas, einer kriminellen Organisation mit linksideologischem Hintergrund, gemacht und mehrere ihrer Mitglieder hingerichtet. Die Leichen wurden öffentlich zur Schau gestellt. Bangla Bhai, dessen richtiger Name nicht bekannt ist, soll zeitweise in Afghanistan auf Seiten der Taliban gekämpft haben. Obwohl er immer wieder in aller Öffentlichkeit auftritt, ist kein Versuch bekannt, ihn zu verhaften.

147 Todesopfer nach "Schusswechsel"

Am Mittwoch den 3. Februar 2005 wurden zwei Sharboharas in Santhia im Pabna Distrikt und ein Mitglied der Purbo Banglar Communist Party (PBCP) im Dorf Lakshmipur bei Kushtia getötet. Tags zuvor hatte The Daily Star über zwei tote PBCP-Angehörige, ebenfalls im Pabna-Distrikt sowie in Jhenidah, berichtet. Am Donnerstag den 4. Februar starb der 30-jährige Tipul Biswas, Mitglied der verbotenen Gono Mukti Fouz (GMF) in Sailkupa im Gebiet von Jhenidah bei einem Schusswechsel mit der Polizei. Tags darauf wurde ein regionaler PBSP-Führer im Dorf Raghunathpur im Distrikt Pabna ebenfalls durch Polizeikugeln getötet.

Diese Auswahl ist willkürlich. Etwa seit dem frühen Sommer 2004 berichten bangladeschische Zeitungen nahezu täglich über den Tod mutmaßlicher Krimineller und "Terroristen". Der Wortlaut der Polizeimeldungen ist meist gleichlautend. Seit geraumer Zeit setzten die Journalisten die "Schusswechsel" deshalb in Anführungszeichen. Im Jahr zählte 2004 amnesty international mindestens 147 Todesopfer bei angeblichen Verhaftungen durch Angehörige der neu gegründeten Sicherheitstruppe Rapid Action Battalion (RAB). Manche der Toten wurden vor dem angeblichen Schusswechsel verhaftet. Wie sie anschließend zur Schusswaffe greifen konnten, bleibt eine offene Frage. Selbst wenn Tote nachweislich durch Schüsse in den Rücken starben. veranlassten die Behörden keine Untersuchung.

Leidtragende Minderheiten

Nach Informationen von ai begann sofort nach den Parlamentswahlen im Oktober 2001 eine Verfolgung von Hindus. Angehörige dieser Religionsgemeinschaft, denen die Wahlsieger Bangladesh Nationalist Party (BNP) und Jamaat-e-Islami eine besondere Nähe zur AL nachsagen, wurden in großer Zahl geschlagen, misshandelt, vergewaltigt, sowie aus ihren Häusern vertrieben. Die Sicherheitskräfte schritten wieder einmal nicht oder viel zu spät zum Schutz der Hindus ein. Menschenrechtsorganisationen sowie amnesty international verlangten, die Übergriffe von einer unabhängigen Kommission untersuchen zu lassen. Bis heute sind die Behörden dieser Forderung nicht nachgekommen

Im vergangenen Jahr waren vor allem Ahmadiyyas Angriffen islamistischen International Khatme Nabuwat Movement Bangladesh (IKNMB) ausgesetzt. Die Führer dieser Bewegung verlangen von der Regierung, dass sie die Ahmadiyya-Glaubensgemeinschaft für "unislamisch" erklärt. Seit dem Herbst 2003 ziehen ihre Demonstranten fast ieden Freitag vor die Moscheen und Bibliotheken der Ahmadiyyas und skandieren Hassgesänge. Die Verantwortlichen für den Mord an einem Geistlichen im Oktober 2003 in Jessore leben weiter unbehelligt in Freiheit. In einem Punkt gab die Regierung schon im Januar 2004 nach und verbot die religiösen Schriften der Ahmadiyyas. Dies spornte die IKNMB jedoch an, ihre anderen Forderungen noch entschiedener vorzutragen. Am 5. November 2004 verhinderte nur der gemeinsame Auftritt von sechs EU-Botschaftern die angekündigte Erstürmung der Nakhalpara-Moschee in Dhaka durch Demonstranten.

Unter dem Einfluss der Fundamentalisten gerät der pluralistische Charakter der bangladeschischen Gesellschaft immer stärker unter Druck. Die Lage spitzt sich zu und die Politik unterscheidet nur noch zwischen "Freunden" und "Feinden". Gegen die "Feinde" scheint fast jedes Mittel erlaubt.

➤ Zum Autor: Bernhard Hertlein ist Sprecher der Bangladesch-Koordinationsgruppe von amnesty international und des Arbeitskreises Menschenrechte im Bangladesch-Forum.

Internettipp: Aktuelle Informationen von amnesty international zum Thema Bangladesch ist unter http://www.amnestyowl.de/bnb/bangladesh.html abrufbar.

Literatur: Der Pressespiegel zu Bangladesch von ai kann unter folgender Adresse angefordert werden: AundB@tonline.de



Bangladesch Zeitschrift

"NETZ" ist eine viermal jährlich erscheinende Zeitschrift, die sich mit der Politik, Gesellschaft und Kultur Bangladeschs beschäftigt. Im Vordergrund steht dabei die Arbeit von NGOs. "NETZ" enthält regelmäßig Übersetzungen von bengalischen Gedichten und Erzählungen. Beachtung findet auch die Bildende Kunst Bangladeschs.

Der Bezugspreis beträgt jährlich 20 Euro. Die beiden neusten Ausgaben sind zum Vorzugspreis von 5 Euro erhältlich.

Bestelladresse:

NETZ

Moritz-Hensoldt-Str. 20

35576 Wetzlar

Fax: 06441-26257;

e-mail:

netz-bangladesh@t-online.de